

Resolution des Bundesvorstandes der GPA-djp - Beschluss am 23.11.2011

Europa braucht eine nachhaltige Wachstumsstrategie – JETZT!

Europa braucht dringend eine neue Richtung. Die Menschen in Europa und auch der Rest der Welt erwarten von den europäischen EntscheidungsträgerInnen vernünftige Lösungen für die andauernde EURO-Krise - eine Krise, die die Gefahr für einen Zusammenbruch der gemeinsamen Währung und der europäischen Integration birgt.

Wir brauchen eine neue Richtung, um ein Europäisches Sozialmodell aufzusichern, das den Menschen in Europa Zugang zu sozialer Sicherheit, kostenloser Bildung, angemessenen Wohnverhältnissen garantiert, ebenso wie ein existenzsicherndes Einkommen und existenzsichernde Pensionen. Wir brauchen ein Europäisches Sozialmodell mit einer aktiven Arbeitsmarktpolitik, die hochwertige Jobs schafft. Jede Arbeitnehmerin und jeder Arbeitnehmer muss das Recht auf Versammlungsfreiheit haben und durch einen Kollektivvertrag abgesichert sein. Die EU muss zur Kenntnis nehmen, dass der Kapitalismus des freien Marktes gescheitert ist. Die Demokratie muss ihre Autorität über die Finanzmärkte wieder behaupten. Regierungen müssen transparent arbeiten und sind ihren BürgerInnen gegenüber Rechenschaft über ihre Entscheidungen schuldig. Einen Zusammenbruch der gemeinsamen Währung kann niemand wollen. Das würde die europäische und die Weltwirtschaft in eine nächste Krise stürzen. Zu lange haben Mitgliedstaaten den Wettbewerb vor die Solidarität gestellt. Wenn Griechenland scheitert, droht Europa in eine neue Rezession abzugleiten.

Der Euro-Plus-Pakt, die derzeitige Position der Europäischen Zentralbank und das „Sixpack“, dem das Europäische Parlament am 28. September 2011 zugestimmt hat, sind ein direkter Angriff auf Gewerkschaften, Kollektivvertragsverhandlungsfreiheit sowie Sozialstaaten. Die Bestimmungen zur Wirtschaftsregierung sind falsch und können die Ursachen der Krise nicht bewältigen. Sie fokussieren ausschließlich auf die strenge Einhaltung von Budgetzielen und den Ausbau des Binnenmarktes. Effektive Maßnahmen zur Eindämmung von Steuerdumping oder der Ausbau sozialer Mindeststandards spielen dabei keine Rolle. Auch die Politik der Europäischen Zentralbank kann zur Krisenbewältigung wenig beitragen, denn sie zielt auf Inflationsbekämpfung ab statt auf Wachstum. Das ist kontraproduktiv und muss umgekehrt werden.

Die GPA-djp und die europäische Gewerkschaftsbewegung haben bereits seit einer ganzen Weile einen diametral entgegen gesetztem Ansatz dazu vertreten. Unsere Kernforderung ist eine nachhaltige Wachstumsstrategie, die Investitionen in Infrastruktur, öffentliche Dienste sowie Arbeitsplätze und eine aktive Steuerpolitik fördert. Spezifische Initiativen müssen gesetzt werden, um existenzsichernde Frauen- und Jugendbeschäftigung zu unterstützen. Die Einsparungen bei essenziellen öffentlichen Diensten, die Familien und Frauenbeschäftigung unterstützen, verhindern eine faire Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Privatleben. Europa kann seine Schulden in den Griff bekommen, bessere soziale Kohäsion sicherstellen und zu einer stärkeren Weltwirtschaft mit einer Wachstums- und Beschäftigungsstrategie beitragen, die ökonomisches Wachstum garantiert und mehr hochwertige Arbeitsplätze schafft.

Deshalb fordert die GPA-djp:

1. Die Weiterentwicklung des europäischen Binnenmarkts muss an die die Erfüllung sozialpolitischer ‚Hausaufgaben‘ auf EU Ebene und in den Mitgliedstaaten geknüpft werden. Dazu könnte die Erweiterung der Kriterien zum Beitritt zur

Währungsunion um Sozialkriterien, die Bindung künftiger EU-Beitritte an Fortschritte bei wirtschaftlicher u sozialer Kohäsion und die Schaffung eines europäischen Rechtsrahmens zur Absicherung von Diensten der Daseinsvorsorge (inkl. Gesundheits- und Soziale Dienste) gehören. Soziale Mindeststandards zur Regulierung des europäischen Arbeitsmarktes müssen weiterentwickelt werden, die Vergabe von Mitteln aus dem Sozialfond ist an soziale Kriterien zu binden. Außerdem sind europäische Normen zum wirksamen grenzübergreifenden Vollzug von Gesetzes- und Verwaltungsübertretungen auch im Wirtschafts-, Steuer und Sozial(abgaben)bereich (v.a. wichtig bei Arbeitnehmerentsendung) zu schaffen.

2. Der Euro-Plus-Pakt muss aufgegeben und die derzeitigen Sparmaßnahmen aufgehoben werden – einschließlich der Schuldenobergrenze, da diese massive Arbeitslosigkeit und Ungleichgewichte verursachen und als Folge davon die Nachfrage der KonsumentInnen sinkt. Löhne sind nicht der Feind, sondern der Motor der Wirtschaft! Wir brauchen Eurobonds und eine Europäische Bank für öffentliche Anleihen.
3. Eine andere Struktur der Wirtschaftsregierung muss für die Eurozone aufgebaut werden. Eine bessere Koordinierung der nationalen Wirtschaftspolitiken aber auch der Steuer- und Sozialpolitiken ist dringend erforderlich. Die Europäische Währungsunion wurde ohne eine gemeinsame Wirtschafts- und Steuerpolitik gemacht. Jetzt wo der Druck für eine engere wirtschaftliche und steuerpolitische Koordination immer größer wird und EU Institutionen immer mehr Macht erhalten sollen, um Schwerpunkte zu setzen, muss das Demokratiedefizit in den Entscheidungsprozessen der EU behoben werden. Das Europäische Parlament muss ein Initiativrecht bekommen. Gewerkschaften und andere Teile der Zivilgesellschaft müssen aktiv in Entscheidungsprozesse einbezogen werden.
4. Die EU Mitgliedstaaten müssen einen ausreichenden Anteil ihres BIPs in ihren Wohlfahrtsstaat investieren als Voraussetzung für wirtschaftliche Stabilität und Wachstum. Sie müssen ihre Politiken koordinieren, dabei den Schwerpunkt auf soziale Solidarität setzen und aufhören, Wettbewerb auf der Basis von ruinösem Sozialdumping zu betreiben. Nicht nur beim Schuldenabbau, sondern auch im Bereich der Sozialen Sicherung sind ambitionierte Ziele zu formulieren. Wie bei der Arbeitszeitrichtlinie soll es bei bleibender nationaler Zuständigkeit verbindliche EU-Mindestregelungen für den sozialen Schutz geben. Die Methode der offenen Koordinierung ist verbindliche zu gestalten und Instrumente zu deren verbindlicher Durchsetzung in den Mitgliedstaaten v.a. bei Beschäftigungspolitische Leitlinien und Armutsbekämpfung sind zu schaffen. Die Nichteinhaltung von Zielen - etwa Mangel an Kinderbetreuungseinrichtungen - muss vermehrt öffentlich diskutiert werden.
5. Ein System ist zu entwickeln, das die Realwirtschaft an das Steuer der Wirtschaft setzt, mit einem Finanzsystem, das ihr dient. Es sollte der produktiven Wirtschaft und der der Gesellschaft dienen. Die Stärkung der Finanzmarktregulierung und der Überwachungsregeln werden dabei helfen, den Übergang zu gewährleisten. Außerdem ist sicher zu stellen, dass neue strengere Regeln für alle Akteure auf den Finanzmärkten gelten. Die Bilanzierungsregeln sind dahingehend zu verändern, dass die missbräuchliche Verwendung von Zweckgesellschaften unterbunden wird.
6. Regulierung sollte sicherstellen, dass Banken weder „Too Big to Fail“ („Zu groß, um zu scheitern“) sind, noch zu groß um durch öffentliche Gelder gerettet werden zu müssen. Die systemisch relevante Rolle von Banken als Finanzvermittler muss „umzäunt“ und abgesichert werden. Depot- und Retail-Geschäfte müssen von hochriskanten spekulativen Geschäften mit hohem Risiko und vom Investment

Banking getrennt werden, namentlich in Bezug auf die daraus jeweils resultierenden Verbindlichkeiten.

7. Eine verpflichtende Rekapitalisierung der Banken mit ausreichenden Kapitalforderungen muss umgesetzt werden. Wenn systemisch wichtige Banken Kapital nicht auf dem Markt lukrieren können, muss es vom Staat zu normalen Marktbedingungen bereitgestellt werden. Wenn Regierungen eine Beteiligung an Banken halten, die ihnen eine Kontrolle dieser Banken einräumt, müssen sie aktive AktionärInnen sein, die sicherstellen, dass die Unternehmenspolitik dem öffentlichen Interesse dient – durch Investitionen in die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Abkoppelung von Steueroasen.
8. Die Finanztransaktionssteuer muss so schnell wie möglich Realität werden. Dies ist unabdingbar um vor spekulativem Handel abzuschrecken und zu gewährleisten, dass die ProfiteurInnen der Spekulation ihren gerechten Anteil an den Kosten für die Erholung von der Krise zahlen und um bei der Schaffung einer zusätzlichen Steuerquelle zur Finanzierung einer nachhaltigen Wachstumsstrategie zu helfen.
9. Gegen Steuerdumping, Steuerhinterziehung und Steuersenkungswettläufe in der EU müssen effiziente Maßnahmen ergriffen werden. Dazu gehören Mindeststeuersätze bei der Unternehmensbesteuerung bei einheitlicher Bemessungsgrundlage sowie Mindestkapitalertragssteuern, außerdem effektive Kontrolle und Austrocknung von Steueroasen und unregulierten Offshore-Finanzplätzen, inkl. Verhängung von Sanktionen. Neun Billionen Euro sind weltweit in Steueroasen gebunkert. Das sind bis zu 8% des weltweiten Vermögens. Auch Österreichs Banken haben laut der Internationalen Bank für Zahlungsausgleich (Stand Juni 2011) rund 9 Milliarden Euro in Offshore-Paradiesen gebunkert. Geschäfte mit Steueroasen sollen EU-weit gemäß den nationalen Steuervorschriften behandelt werden, wenn nicht eine bestimmte Mindeststeuer im Ausland fällig wird. Wesentlich sind auch verstärkte Kontrollen internationaler Konzerne und die Verpflichtung zur Offenlegung von Gewinnen und Steuerleistung in einzelnen Ländern.

Die GPA-djp wird auf europäischer Ebene:

10. Sich dafür einsetzen, gemeinsame Lösungen zu finden, die uns aus der Krise bringen und zu Wachstum, Beschäftigung und zum Schutz des Wohlfahrtsstaates beitragen. Die Gewerkschaften sind die Garantinnen für ein soziales Europa und entscheidender Teil einer demokratischen Gesellschaft. Wir haben die Mittel, um zu einer nachhaltigen Wachstumsstrategie beizutragen.
11. Ihre Anstrengungen erhöhen, um gemeinsame Kollektivvertragsverhandlungsstrategien zu entwickeln und unseren Ansatz zur europäischen Politik, der unsere Mitglieder betrifft, abzustimmen.
12. Partnerschaften mit anderen Teilen der Zivilgesellschaft aufbauen und eng mit Organisationen zusammenarbeiten, die unsere Werte teilen, um die Menschen Europas zu mobilisieren im Kampf um ein gerechtes und soziales Europa, in dem ArbeitnehmerInnenrechte respektiert werden, mit einer starken Rolle der Gewerkschaften und mit hochwertigen Arbeitsplätzen.
13. Gemeinsam mit anderen Gewerkschaften Aktionen vorbereiten und durchführen.